

Position zum Antisemitismus in Deutschland

Mit großem Entsetzen nehmen wir wahr, dass Juden in unserem Land durch Hass und Hetze im Alltag bedroht werden. Jüdische Einrichtungen müssen durch die Sicherheitskräfte des Staates besonders geschützt werden. Häuser, in denen Juden wohnen, werden mit dem Davidstern gekennzeichnet. Das Tragen einer Kippa oder einer Halskette mit Judenstern wird in manchen städtischen Quartieren zum Risiko. Im Netz kursieren Hass und Hetze gegen Juden.

Der Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 gegen einen Kibbuz in Israel, bei dem viele unschuldige Menschen getötet oder als Geiseln verschleppt wurden, darunter zahlreiche Kinder, Jugendliche und alte Menschen entsetzt uns nicht nur, sondern macht uns auch traurig und/oder zornig.

Mit Abscheu mussten wir Demonstrationen gegen Juden und Freudenfeiern über diesen unsäglichen Terrorangriff der Hamas auf friedliebende Menschen ansehen. Der alltägliche Juden Hass in unserer Gesellschaft, der unterschwellig in Deutschland leider immer schon vorhanden war, wird nun wieder offen auf der Straße und im Netz ausgetragen. Rechte und linke Gruppierungen, Intellektuelle und Akademiker nutzen die Selbstverteidigung des israelischen Volkes zur Verbreitung ihres Hasses. Hinzu kommt der von islamistischen Kreisen geschürte Juden Hass.

Unter dem Deckmantel des Kampfes für einen eigenen Palästinenserstaat, in dem u.a. die Anwendung und Einhaltung der Menschenrechte den Palästinensern zugesprochen wird, wird die Hamas als Widerstandsgruppe von zahlreichen Menschen auf unseren Straßen unterstützt. Der furchtbare Terror der Hamas wird heruntergespielt, als Widerstand gegen Israel gefeiert und die Vernichtung Israels gefordert.

Die Reaktion Israels auf diesen Terroranschlag wird leider nicht nur von diesen Gruppierungen in Deutschland, sondern auch von deutschen MitbürgerInnen genutzt, um in unserem Land offen gegen Juden vorzugehen, sie zu beschimpfen und zu bedrohen. Es ist eine Sache, die Politik Israels und die Maßnahmen Israels gegen die Hamas zu kritisieren. Eine ganz andere Sache ist es aber, jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Land dafür haftbar zu machen und anzugreifen. Was haben jüdische Kinder, jüdische Bürger Deutschlands oder weltweit mit der Politik des Staates Israel zu tun?

Warum ist es vielen Menschen so wichtig, deutsche Bürger*innen nach Juden oder als Moslems zu unterscheiden? Nach unserer Verfassung sind alle Menschen gleich. Es gibt kein Recht, Menschen nur über ihrer Zugehörigkeit zu einer Religion oder Ethnie zu definieren. Wenn also jüdische MitbürgerInnen in Deutschland an Leib und Leben bedroht werden, ist dies ebenso ein Angriff auf uns und unser Zusammenleben in Deutschland. Deshalb müssen wir uns dem Hass und der Gewalt gegen Juden in Deutschland geschlossen entgegenreten.

Wir haben aus der jüngeren Geschichte gelernt. Die Vernichtung der Juden durch die Nazis war nur möglich, weil die Anfänge des Judenhasses vom Bürgertum nicht gesehen und immer nivelliert wurden, bis es zu spät war. Deshalb ist heutiger Widerstand gegen die Verbreitung von Antisemitismus sehr wichtig.

Wir stehen zum Selbstverteidigungsrecht Israels. Es ist Aufgabe eines jeden Staates seine Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt und Hass zu schützen. Die Hamas will nicht nur den Staat Israel von der Landkarte löschen, sondern alle Juden vernichten. Ob die vom Staat Israel gewählten militärischen Mittel die richtigen sind, kann diskutiert werden. Nicht diskutiert werden darf das Existenzrecht der Hamas und anderer islamistischer Gruppierungen. Diese kämpfen eben nicht für ein freies Palästina oder für die Menschenrechte der Palästinenserinnen und Palästinenser, sondern für die Vernichtung Israels und der Juden. Deshalb fordern wir von unserem Staat, die Aktivitäten dieser Terrorgruppen in Deutschland sofort zu unterbinden und konsequent strafrechtlich zu verfolgen.

Es darf aber auch nicht sein, dass allen Palästinenserinnen und Palästinenser unterstellt wird gegen das Existenzrecht Israels zu sein oder gar Juden vernichten zu wollen. Vielmehr müssen wir als Staat und Gesellschaft alles tun, die Werte unseres Grundgesetzes zu stärken und zusammenzustehen mit Menschen „guten Willens“. Dies bedeutet, dass wir als Individuen achtsam sind und in privaten Gesprächen gegen antisemitische Äußerungen Stellung nehmen. Wir beteiligen uns nicht an Projekten, die Juden generell als Problemverursacher darstellen.

Dazu trägt die Soziale Arbeit einiges bei. Ganz gleich ob dies in den Schulen als Soziale Arbeit mit Kindern und Jugendlichen oder in der Arbeit mit Migrantinnen und Migranten. Die Soziale Arbeit fördert den Respekt untereinander, die Toleranz und den sozialen Frieden. Sie steht auch für den Widerstand gegen Hass und Hetze und Gewalt.

Mannheim, den 30.10.2023

Friedrich Maus